

26.03.2010 12:08 Uhr

**"Pro NRW": Minarettverbote**

## Hetzer gegen den Islam - mit Tarnkappe

**"Pro NRW" demonstriert für ein Minarettverbot. Die rechte Organisation hetzt gegen Muslime - und tarnt sich als Bürgerbewegung.**

Von Liliith Volkert



Ein Flugblatt von "Pro Köln" gegen den Bau einer Moschee, das im März 2009 verteilt wurde. (Foto: dpa)

Der Name klingt, als wären sie für etwas - doch eigentlich sind die Mitglieder von "Pro NRW" vor allem dagegen. Gegen Einwanderung, gegen die "Islamisierung" Deutschlands und ganz besonders gegen deren sichtbare "Auswüchse" in deutschen Städten. An diesem Wochenende will der Verein im Ruhrgebiet eine "Anti-Minarett-Konferenz" abhalten.

Bis zu 1000 Demonstranten sollen - nach Angaben der Organisatoren - am Sonntag gemeinsam mit NPD-Anhängern in den Duisburger Stadtteil Marxloh ziehen. Dort steht die größte Moschee Deutschlands. Auch wenn die Polizei mit deutlich weniger Teilnehmern rechnet, sie wird alle Hände damit zu tun haben, ein gewaltsames Zusammentreffen mit den ebenfalls zahlreich angemeldeten Gegendemonstranten zu verhindern. Im September 2008 ist eine ["Pro NRW"-Kundgebung in der Kölner Innenstadt eskaliert](#).

### **"Abendland in Christenhand"**

Die Forderung nach einem [Minarettverbot ähnlich dem in der Schweiz](#) erscheint den Organisatoren der Konferenz nur logisch: "Pro NRW" unterscheidet nicht zwischen dem Islam als Religion und dem Islamismus als extremistischer Strömung.

Der 2007 gegründete Verein "Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen e. V." ist aus der "Bürgerbewegung pro Köln" hervorgegangen. Die Gruppe hatte versucht, mit Protestmärschen, Petitionen und Unterschriftenlisten einen Moscheebau im Kölner Stadtteil Ehrenfeld zu verhindern. Vergeblich: Im November 2009 wurde dort der Grundstein gelegt. Trotzdem rechnet die Regionalpartei, die bisher mit insgesamt 35 Sitzen in Stadträten, Bezirksvertretungen und Kreistagen vertreten ist, mit einem Erfolg bei der Landtagswahl in NRW am 9. Mai. Ihre Kandidatenliste präsentiert sie unter dem Slogan "Abendland in Christenhand".

Beide Gruppierungen, "Pro Köln" und "Pro NRW", werden vom Verfassungsschutz beobachtet. "Nach wie vor bestehen bei diesen Gruppierungen tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen", urteilen die Staatsschützer. Auch die Missachtung von Menschenwürde und Diskriminierungsverbot wird

beanstandet. "Die Regionalpartei 'Pro NRW' ist gefährlich für unsere Demokratie in Nordrhein-Westfalen", warnte NRW-Innenminister Ingo Wolf, als er am 22. März den Bericht vorstellte.

Geht es nach der Bewegung, soll es nicht bei dem einen Bundesland bleiben. "Pro NRW" versucht sich "von der Domstadt Köln aus in NRW und darüber hinaus in ganz Deutschland auszubreiten", schreibt Alexander Häusler in der Studie "Rechtspopulismus in Gestalt einer Bürgerbewegung" der Arbeitsstelle Neonazismus an der Fachhochschule Düsseldorf.

### **Subtile Methoden**

Dabei arbeitet der Verein mit anderen, subtileren Methoden als NPD oder Republikaner: Mit dem Verweis auf demokratische Mitbestimmung fordert "Pro NRW" Volksentscheide, wenn irgendwo eine Moschee gebaut werden soll, die Ablehnung muslimischer Mitbürger und ihrer Lebenswelt wird als Kulturkampf deklariert.

Wie die FPÖ in Österreich und Vlaams Belang in Belgien möchte die Bewegung einen Platz zwischen der extremen und der konservativen Rechten besetzen. Das soll besonders dadurch funktionieren, dass sie sich scheinbar auf lokale Themen konzentriert: "'Pro NRW' tritt in der Tradition Freier Wählergemeinschaften in Erscheinung, um sich als eine neue und 'seriöse' Kraft von rechts zu inszenieren", heißt es in der Studie.

Während das Parteiprogramm über Stammtischparolen nicht hinauskommt ("Grundgesetz statt Scharia - Nein zur islamischen Parallelgesellschaft"), setzt man an anderer Stelle auf bewusste Ernsthaftigkeit. Der Vorsitzende Markus Beisicht, ehemaliges Mitglied der Republikaner und aktueller Spitzenkandidat, fordert "absolut seriöses Auftreten" von seiner Gefolgschaft. Neue Anhänger werden auch über die Arbeitskreise "Pro Mittelstand NRW", "Jugend pro NRW", "Christen pro Köln" und einen "frauen- und familienpolitischen Arbeitskreis" angeworben.

Um der "Anti-Minarett-Konferenz" am Wochenende ein deutliches Zeichen entgegenzusetzen, macht SPD-Chef Sigmar Gabriel an diesem Freitag eine Tour durch Moscheen im Ruhrgebiet. "Wer Minarette verbieten will und den Islam mit Terrorismus gleichsetzt, verfolgt in Wahrheit fremdenfeindliche Motive", sagte er in einer Moschee in Oberhausen. "Pro-NRW" hatte angekündigt, vor dem Gebetshaus eine Mahnwache zu halten. Bis zu Gabriels Abfahrt wurden aber keine Teilnehmer gesichtet.

(sueddeutsche.de/plin/mati)

[Artikel drucken](#) | [Fenster schließen](#)

Copyright © sueddeutsche.de GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH  
Artikel der Süddeutschen Zeitung lizenziert durch DIZ München GmbH. Weitere  
Lizenzierungen exklusiv über [www.diz-muenchen.de](http://www.diz-muenchen.de)